ihm entmachtet worden. Am 4. September jenes Jahres wurde das Parteiverbot aufgehoben und Mutschmann Landesleiter der NSDAP. Zwei Besuche Hitlers und anderer Parteigrößen in Plauen – in Sachsen hatte er anders als in Bayern und einigen anderen Ländern kein Redeverbot – stärkten Mutschmanns Position weiter. Es kann daher nicht verwundern, daß dieser im Jahr 1926 der Gauleiter der NSDAP in Sachsen wurde. Zunächst suchte er, das vom Nationalsozialismus nicht so überzeugte Ostsachsen für die Partei zu gewinnen. Dabei stellten sich ihm der dortige Führer der Partei, Anton Goß, und ein Teil der Dresdner Ortsgruppe entgegen. Mit Härte und mit Hilfe von Verfahren zum Parteiausschluß gelang es Mutschmann, in diesen und anderen Fällen, trotz aller Beschwerden der Betroffenen in Berlin, seine Position zu festigen.

Doch im Herbst des Jahres 1928 erschien mit Manfred von Killinger ein für Mutschmann bedrohlicher Rivale. Von Killinger wurde SA-Oberführer im Bereich Mitte, mit Sitz in Dresden, und nach der „Machtübernahme“ 1933 von Hitler zum Kommissar für die sächsische Polizei ernannt, schließlich wurde er sächsischer Ministerpräsident. Im Kontext der Auseinandersetzung zwischen Ernst Röhm und Hitler im Sommer 1934 löste sich für Mutschmann jedoch das Problem. Von Killinger wurde, wie andere höhere SA-Führer, von Hitler für den 30. Juni 1934 nach Bad Wiessee bestellt, wo sich Röhm zur Erholung befand. Noch auf dem Bahnhof in München wurde von Killinger verhaftet und in die Haftanstalt nach Stadelheim gebracht. Während der SA-Gruppenführer für Sachsen, Hans Hayn, gleich mit der ersten Gruppe von SA-Führern erschossen wurde, entging von Killinger diesem Schicksal der meisten in Stadelheim inhaftierten SA-Führer. Doch in das Amt des sächsischen Ministerpräsidenten kehrte er nicht mehr zurück. Nach einer Beurlaubung fiel dieses Amt am 28. Februar 1935 an den Gauleiter Mutschmann. Parallel zu den Verhaftungen in München hatte der Führer des SS-Oberabschnitts Mitte, Freiherr von Eberstein, SA-Männer aus der Umgebung Hayns und der Dresdner SA-Brigade 33 festnehmen lassen. Diese wurden am 1. Juli erschossen.

Als Reichsstatthalter, Ministerpräsident und Gauleiter verfügte Mutschmann jetzt ungefährdet in Sachsen, sieht man einmal von Jakob Sprenger in Hessen ab, über eine im Vergleich mit den übrigen Gauleitern in Deutschland einmalige Stellung, nämlich praktisch über die Alleinherrschaft von Hitlers Gnaden. In den folgenden Jahren zeigte Mutschmann, daß er in der Tat einer der eifrigsten und linientreuesten und brutalsten Funktionäre der NSDAP und Gefolgsleute Hitlers war. Über diese Zeit muß allerdings noch intensiv geforscht werden, was allerdings eine Rückgabe der von der Roten Armee in Dresden entwendeten und in Moskau lagernden Archivalien bedingt.

Dresden Reiner Pommerin

Hochschuloffiziere und Wiederaufbau des Hochschulwesens in Deutschland 1945–1949. Die Sowjetische Besatzungszone, hrsg. von Manfred HEINEMANN. Akademie Verlag, Berlin 2000. 478 S. (= edition bildung und wissenschaft, Bd. 4)

Mit diesem Band knüpft HEINEMANN an seine Arbeiten zur Tätigkeit der Hochschuloffiziere in den drei westlichen Besatzungszonen Deutschlands an und legt etwas Vergleichbares für die Sowjetische Besatzungszone Deutschlands (SBZ) vor. 1992 brachte der Herausgeber auf einer Konferenz ehemalige Angehörige der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD) und deutsche Zeitzeugen zusammen, die die „Sowjetisierung“ der deutschen Universitäten und Hochschulen als Studenten und junge Wissenschaftler erlebt hatten. Neben den Protokollen der einzelnen Sitzungen enthält der Band Aufsätze zur Politik der Volksbildungsabteilung sowie

der für die Kontrolle und Steuerung des politischen Lebens der SBZ verantwortlichen Propaganda- bzw. Informationsabteilung der SMAD, zur Entnazifizierung im Bildungswesen und einen Beitrag Alexandr HARITONOVs zur Reparations- und Entnazifizierungspolitik der SMAD an der Bergakademie Freiberg.

Im Mittelpunkt dieses Bandes steht die Politik der Volksbildungsabteilung der SMAD. Deren machtpolitisches Gewicht innerhalb des SMAD-Apparates war allerdings gering. Die großen Linien der Besatzungspolitik bestimmten andere Verwaltungen der SMAD bzw. die Apparate von Partei und Regierung in Moskau. Dem hatte sich die von der Volksbildungsabteilung vertretene Hochschulpolitik unterzuordnen. Deren Bewertung, zu der dieser Band einen ersten Baustein beisteuert, muß deshalb berücksichtigen, daß viele Organisationseinheiten im Apparat der sowjetischen Besatzungsmacht auf die Hochschulen und Universitäten einwirkten. Neben der Volksbildungsabteilung sind die Propaganda-/Informationsverwaltung und der Politische Berater, die Geheimdienste und die SMAD-Wirtschaftsverwaltungen zu nennen. Bei der SMAD handelte es sich um einen Apparat, der viele – auch gegenläufige – Interessen gebündelt hat. Diese Erkenntnis darf nicht zu Zweifeln darüber führen, welche Ziele die Sowjetunion in ihrer Deutschlandpolitik, und hier besonders bei der Gestaltung der politischen Verhältnisse in der SBZ, verfolgte. Nach dem Ende der NS-Diktatur sollte keine Demokratie westlichen Typs aufgebaut, sondern eine sozialistische Gesellschaftsordnung nach sowjetischem Vorbild errichtet werden. Dazu war nach dem Verständnis der SMAD – erinnert sei hier nur an das Diktum Stalins „Die Kader entscheiden alles" – eben die Heranbildung dieser „neuen Kader" eine Grundvoraussetzung.

Die SMAD und in ihrem Gefolge die SED begannen 1945/46 mit der Entmachtung und Entfernung der bürgerlichen Eliten von den Universitäten und Hochschulen und ersetzten sie durch eine neue Gruppe sozialistischer Kader, auf die sie sich stützen konnten. Das umfaßte auch die Studentenschaft. Die damit verbundenen konfliktreichen Vorgänge, zu denen u. a. die Entnazifizierung, die Einführung des Arbeiterstudiums und die Bildung der Gesellschaftswissenschaftlichen Fakultäten (GeWiFa) gehörten, wurden auf der Konferenz kontrovers diskutiert. Viele interessante Details der Umsetzung sowjetischer Vorgaben an den sächsischen Bildungseinrichtungen mit überregionaler Bedeutung, der Technischen Hochschule/Universität Dresden und der Leipziger Universität, verdeutlichen das aufeinander abgestimmte Vorgehen der Sowjetischen Militäradministration in Sachsen (SMAS) und ihrer Helfer in der SED. In engem Zusammenwirken steuerten die Volksbildungs- und Propaganda- bzw. Informationsabteilung der SMAS die Hochschulgruppen von SED und FDJ, die neben dem Apparat der Besatzungsmacht zu den wichtigsten Akteuren in der Hochschulpolitik zu zählen sind. Die Universitäten in Leipzig und Jena gehörten zu den Hochschuleinrichtungen in der SBZ, denen Besatzungsmacht und SED eine Vorreiterrolle bei der Transformation des „Bildungswesens" zugedacht hatten. Exemplarisch für die Durchsetzung des kommunistischen Machtanspruchs 1947/48 nicht nur an den sächsischen Universitäten und Hochschulen, sondern weit darüber hinaus war das Vorgehen gegen die gewählte Studentenvertretung der Leipziger Universität und die Verhaftung des Vorsitzenden des Studentenrates Wolfgang Natoneks und vieler anderer, die sich der Politik der SED nicht unterordnen und die Einschränkung akademischer Freiräume nicht hinnehmen wollten.

Vieles aus den Erinnerungen der ehemaligen SMAD-Offiziere ist schon durch Publikationen der DDR bekannt. Manches von dem, was auf der Konferenz geäußert wurde, verstellt eher den Blick auf die wesentlichen Linien sowjetischer Besatzungspolitik, als daß es ihn freigibt. Die Überlieferung in deutschen Archiven und die, zugebenermaßen bruchstückhafte Kenntnis sowjetischer Archivalien gibt ein an-

deres Bild als weite Teile der Erinnerungsberichte. Vor allem die Passagen zum Block sowie zur Politik der SMAD gegenüber den bürgerlichen Parteien, und hier insbesondere bei der Absetzung der CDU-Führung Ende 1945, hätten einer kritischen Kommentierung bedurft. Dennoch bietet der Band interessante Einblicke in die Biographien der SMAD-Offiziere, deren Denkweise und ihr Weltbild sowie die internen Arbeitsabläufe in der Volksbildungsabteilung und der Propaganda- bzw. Informationsverwaltung der SMAD. An die Berichte der russischen und deutschen Zeitzeugen können Darstellungen zur Hochschulpolitik der SMAD anknüpfen, die sich auf die schriftliche Überlieferung stützten. Für eine Untersuchung des Anteils der einzelnen Akteure an der Hochschulpolitik der SBZ/DDR ist die weitere Öffnung der Archive in Rußland für die Forschung unverzichtbar.

Berlin Stefan Donth

Stefan Donth, Vertriebene und Flüchtlinge in Sachsen 1945–1952. Die Politik der Sowjetischen Militäradministration und der SED. Böhlau Verlag Köln, Weimar, Wien 2000. 470 S. (= Geschichte und Politik in Sachsen, Bd. 15)

Flucht und Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus den Ostgebieten führten in den Besatzungszonen Deutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg zu einer massiven Änderung der Bevölkerungsstruktur. Die Eingliederung der nun heimatlosen ostdeutschen Bevölkerung in die verbliebenen deutschen Länder gehört zu den großen Leistungen nach dem Zweiten Weltkrieg. Allein Sachsen nahm über eine Million Flüchtlinge und Vertriebene aus dem Osten auf. Während in der westdeutschen zeithistorischen Forschung die Geschichte der Vertriebenenintegration bereits frühzeitig problematisiert und weit vorangetrieben wurde, konnte deren Bedeutung in der bisherigen sozialgeschichtlichen Forschung über die SBZ/DDR, auch wegen des mangelnden Quellenzuganges, nur unzureichend berücksichtigt werden. In einer regionalen Studie über Sachsen im Rahmen eines vom Sächsischen Staatsministerium des Innern geförderten Projektes an der Universität Leipzig entstand eine analytisch anspruchsvolle, detailgetreue und quellengesättigte Studie, deren Bedeutung weit über das gewählte Thema hinausgeht. Donth untersucht am Beispiel des Umgangs mit Flüchtlingen und Vertriebenen die Handlungsspielräume der politischen Kräfte der SBZ/DDR bis 1952 und leistet damit einen wichtigen Beitrag zur Analyse von Struktur und Funktionsweise der sich unter sowjetischer Führung herausbildenden SED-Diktatur. Durch die Einbeziehung der Haltung der CDU-Führung zur Problematik zeigt die Arbeit deutlich die Dimension der früh einsetzenden kommunistischen Diktaturdurchsetzung in der SBZ.

Die Wahl des Bezugsrahmens eines Landes macht Sinn, weil in der SBZ zentralistische Machtstrukturen erst im Entstehen begriffen waren und sich die Einordnung von Flüchtlingen und Vertrieben vor allem in regionalen Bezügen vollzog. Interessant ist das sächsische Beispiel deswegen, weil die Neubürger aus den nun unter polnische Verwaltung gekommenen östlichen Provinzen Preußens im am stärksten industrialisierten und urbanisierten Land der SBZ auf ein ausgeprägtes sächsisches Eigenbewußtsein trafen. Obwohl bereits vor 1945 Flüchtlinge nach Sachsen kamen, leuchtet die Wahl der Zäsur 1945 ein, weil trotz personeller und struktureller Kontinuitäten der Landesbehörden in Teilbereichen Flüchtlinge und Vertriebene ab Mitte 1945 auf eine völlig neue politische und administrative Struktur stießen. Auch das Ende der Arbeit im Jahr 1952 macht Sinn, weil Sachsen aufhörte als Land zu existieren und weil die „Übersiedler“ in den Unterlagen des SED-Staates nun nicht mehr gesondert erfaßt